Mittwoch, 7. Februar 1923. Einzelnummer 120 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 29.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 2500.—
in den Ausgabestellen 2600.—
durch Zeitungsboten 2700.—
am Postamt ..... 3000.—
ins Ausland 4600 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 100.— M, Reklameteil. 300.— M

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 100.— p. M, „ Reklameteil 300.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Wirtschafts- und Finanzentwicklung der Randstaaten.

Ebenso wie Rußlands wirtschaftliche Lage trotz der außenpolitisch sehr günstigen Stellung fortdauernd bedenklich ist und besonders die Industrie große Not leidet, so läßt sich auch bei den Randstaaten feststellen, daß sie ihre wirtschaftlichen Verhältnisse während des Jahres 1922 nur wenig zu bessern vermochten. Ausnahmen hiervon bilden Finnland mit seiner für das abgelaufene Jahr stark aktiv gewordenen Handelsbilanz der Erleichterung seines Kreditmarktes, ferner Litauen, das seit Errichtung seiner Autonomie zu jenen Ländern gehört, die ihren Staatshaushalt zu balanzieren vermögen. Für beide Länder muß jedoch wie für alle übrigen östlichen festgestellt werden, daß sie weder zu einer wirklich brauchbaren Zollverfassung gekommen sind, trotz des neuen litauischen Tarifs vom 28. Juli, noch auf handelspolitischem Gebiet nennenswerte Erfolge verzeichnen konnten. Deutschland gegenüber befinden sich, Lettland ausgenommen, die Wirtschaftsverhandlungen noch immer im Stadium des Werdens.

Lettland möchte der Welt glauben machen, es komme vorwärts. Und tatsächlich ist Finanzminister Kalnings Hand eine feste und starke. Aber seine scharfen fiskalischen Maßnahmen sind durchaus nicht immer den Landesinteressen förderlich. Lettland könnte, nachdem es im abgelaufenen Jahre sowohl mit Rußland wie mit Polen zu einer endgültigen Regelung des Transitverkehrs kam, nachdem für den Warenverkehr von Deutschland nach Rußland und umgekehrt über die Randstaaten feste Vereinbarungen getroffen worden sind, und nachdem im ersten Halbjahr 1922 von und nach Rußland 279 431 To. Waren ausgetauscht worden waren (die Hälfte mehr als der gesamte Export Lettlands desselben Zeitabschnittes) der Förderung ausländischer Niederlassungen erhöhtes Interesse geschenkt haben. Leider stehen die überhohen Steuerlasten ausländischen Besitzes und Einkommens dem entgegen. Auch seiner eigenen Industrie gegenüber wendet Lettland allzustraffe steuerliche Maßnahmen an, sodaß sie ihre Rechnung nicht finden kann. Hinzu kommt, daß jegliche Forderung der Arbeiter bei den Behörden weiteste Unterstützung findet. Einer solchen Wirtschaftspolitik gegenüber kann die heimische Industrie nicht zum Wiederaufbau kommen. Ebensowenig zeigt das Ausland, trotz der im Sommer vorgenommenen Reise Kalnings, die ihn bis an den Rhein führte und über die er mit Bezug auf die deutsche Industrie begeistert sprach, besondere Neigung, sich in Lettland zu betätigen. Die wenigen Ausnahmen, z. B. Wiederaufbau der „Phönixwerke“ unter deutscher Beteiligung, bestätigen nur die Regel. Auch das Flachsmonopol behält Lettland bei, im Gegensatz zu Litauen, das den Flachshandel vor kurzem freigegeben hat. Obwohl die lettische Landwirtschaft erklärte, durch die unlohnenden Preise die Anbaufläche für 1923 einzuschränken und der Handel nachwies, Umsätze im freien Handel erforderten höchstens 2 v. H. Spesen, wohingegen die teuere und schwerfällige Monopolverwaltung mit 13 Prozent und mehr Spesen arbeite. Lettland, dessen Latwährung bei der Umrechnung in deutsche Valuta am Jahresschluß etwa 30faches Geld bedeutete, hat in 1922 eine Senkung seiner Indexziffer feststellen können, die für Lebensmittel recht beträchtlich ist. Aus der Verschlechterung der deutschen Valuta befürchtet man nun eine allgemeine Überschwemmung des Marktes mit deutscher Ware, um so mehr, als das abgelaufene Jahr in seiner ersten Hälfte das deutsch-lettische Wirtschaftsabkommen brachte. Eine Boykottbewegung deutscher Waren, die während der letzten Monate stark an Umfang gewinnen konnte, ist festzustellen. Diese deutschen Waren auf Reisen nach Deutschland gern zu kaufen und in hellen Scharen zur „Einkleidung“ nach Deutschland zu reisen, das haben allerdings auch Lettlands Bewohner im abgelaufenen Jahre nicht verschmäht. Solche Einkaufsreisen übten in allen baltischen Randstaaten gleichmäßig recht ungünstige Nachwirkungen auf das heimische Geschäft aus. Das gilt vor allem für Textil-, Manufaktur- und Lederwaren usw. Denn darin hat man sich in Deutschland so reichlich und erheblich billiger versehen, daß das Herbstgeschäft recht schlecht gewesen ist.

Auch Estland hat eine stark passive Handelsbilanz für 1922 zu verzeichnen gehabt. Doch ist und bleibt Reval noch immer ein guter Transitplatz für Waren von und nach Rußland, woraus das gesamte Wirtschaftsleben des Landes hohe Vorteile zieht. In Estlands Währung kommt das zum Ausdruck. Für Estland ist es auch ein Vorzug, daß seine Diplomaten sich ehrliche Mühe geben, mit anderen Ländern zu Wirtschaftsabkommen und Handelsverträgen zu kommen, und daß Verträge mit Finnland Schweden, Frankreich und England in 1922 zum Abschluß gelangten, wohingegen mit Deutschland, Litauen, Belgien, Polen, der Tschechoslowakei, Rußland usw noch verhandelt wird.

An neuen Währungen erschien in Lettland der Lat. gleich 50 lett. Rubeln, als Neuerung, und Litauen hat unmittelbar nach Errichtung seiner Staatsbank die Litwährung eingeführt, auf Dollargrundlage, denn ein Lit bildet den zehnten Teil eines Dollars. Infolge das deutsche Währungselend, von dem Litauens Ostgeld schwer beeinflußt wurde, mußte schließlich die schon lange erörterte Währungsänderung zur Durchführung kommen.

Die Entscheidung über die deutschen Ansiedler.

Der Völkerbundsrat hat beschlossen, die Frage der deutschen Ansiedler und der Staatszugehörigkeit der „Geburtspolen“ an den Ständigen Gerichtshof im Haag abzugeben. Da von Polen die Kompetenzfrage aufgeworfen wurde, soll der Gerichtshof zunächst entscheiden, ob er für die Entscheidung dieser Frage zuständig ist. Bejahendenfalls soll der Gerichtshof ein sachliches Gutachten abgeben.

*

Die „Gazeta Warszawska“ weiß zu berichten, daß dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zunächst die Frage vorgelegt werden soll, ob die Angelegenheit der deutschen Ansiedler und der Staatszugehörigkeit der deutschen sog. „Geburtspolen“ rechtlich zur Zuständigkeit des Völkerbundrates gehört und — bejahendenfalls — ob der von der polnischen Regierung eingenommene Standpunkt mit den von Polen eingegangenen Verpflichtungen in Einklang zu bringen ist. Der Haager Schiedsgerichtshof hat also nicht über seine eigene (unbestrittene) Kompetenz zu entscheiden, sondern über die Zuständigkeit des Völkerbundrates, der nach Art. 12 des Minderheitenschutzvertrages als Garant der Rechte der deutschen Minderheit in Polen zu gelten hat.

*

Die „Rzeczpospolita“ bringt folgende Einzelheiten über die Stellungnahme des Völkerbundsrats zur Frage der deutschen Ansiedler in Polen:

Der Berichterstatter Da Gama legte den seinerzeit von Bourgeois redigierten früheren Vorschlag vor und verlangte Vertagung der Diskussion über diese Frage, um auf diese Weise dem Völkerbundsrat die Möglichkeit zu geben, die letzte Antwort der polnischen Regierung in dieser Frage zu prüfen.

Viviani sprach sich mit Rücksicht darauf, daß die polnische Regierung die Kompetenz des Völkerbundes in Zweifel gezogen habe, gegen die Vertagung der Frage aus, forderte vielmehr ihre Überweisung an den internationalen Gerichtshof im Haag, der gemäß Artikel 14 des Völkerbundspaktes sein Gutachten über die Zuständigkeit des Völkerbundes in der betreffenden Angelegenheit abgeben solle.

Der polnische Delegierte Askenazy schlug vor, zuerst über den früheren Antrag Bourgeois abzustimmen.

Auf die Anfrage Brantings, ob die polnische Regierung mit der Heraussetzung der Ansiedler bis zur neuen Session des Völkerbundsrates einhalten könne, antwortete der polnische Delegierte abschlägig, indem er darauf hinwies, daß die polnische Regierung bereits seit 10 Monaten die Durchführung der Entscheidung über die Ansiedler in der Schwebe halte.

Der japanische Delegierte unterstützte die Argumente des polnischen Delegierten sowie den Antrag Bourgeois.

Viviani trat erneut mit dem Vorschlag hervor, die Frage der Kompetenz dem Gerichtshof im Haag zu überweisen, wobei sein Vorschlag auf die Billigung Da Gamas und Balfours traf.

Gegen den Vorschlag nahm niemand das Wort.

Darauf wurde die Sitzung vertagt, um dem polnischen Delegierten Gelegenheit zu geben, den Text der dem Haager Tribunal vorzulegenden Fragen zu prüfen.

In der folgenden Sitzung beschloß der Völkerbundsrat, das Gutachten des Schiedsgerichtshofes im Haag herbeizuziehen, worauf die Angelegenheit an den Völkerbundsrat zur meritorischen Erledigung zurückgelangte.

Scheitern der Konferenz von Lausanne.

Die Türken verweigerten die Unterzeichnung.

Aus Lausanne wird gemeldet, daß die Türken am Sonntag abend die Sitzung der Friedenskonferenz verlassen haben, nachdem sie die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert hatten. Die Alliierten ermächtigten den französischen Delegierten Bompard, bei Ismet Pascha den letzten Versuch zu machen, eine Einigung zu erzielen. Lord Curzon schob seine Abreise um einige weitere Stunden auf. Dem französischen Delegierten gelang es jedoch nicht, Ismet Pascha umzustimmen. Es zeigte sich die Unmöglichkeit, die Beratungen fortzusetzen. Die englische Delegation verließ am Sonntag abend Lausanne.

Englische Streitkräfte vor Konstantinopel.

Trotz aller Dementis von englischer Seite sind die englischen Streitkräfte vor Konstantinopel doch recht beträchtlich. Sie umfassen augenblicklich 7 Linienschiffe, 8 Kriegskreuzer, 6 Torpedobootzerstörer und 35 Torpedoboote, sowie 2 Flugzeugmutterschiffe und zahlreiche Hilfsschiffe. Die Zahl der dort befindlichen Unterseeboote ist nicht bekannt.

Das neue Haushaltsprovisorium.

Am heutigen Dienstag beginnen im Sejm die Beratungen über das Haushaltsprovisorium für das erste Vierteljahr 1923. Als Grundlage für dieses Provisorium dient zum Teil das Staatsbudget von 1922, das infolge der Zunahme der Teuerung nicht realisiert werden konnte. Es sah als Ausgaben 591 633 909 594 M., als Einnahmen 458 620 314 425 M. vor. Das Defizit war also auf 133 013 595 169 M. veranschlagt worden. Die rauhe Wirklichkeit hatte große Änderungen vorgenommen. Die Teuerung nahm im vergangenen Jahre im Verhältnis 100 : 392,5, der Dollarkurs im Verhältnis von 3450 zu 17 700 zu. Das hatte eine gewaltige Vermehrung der Ausgaben, besonders der Personalausgaben, zur Folge. Während der Haushaltsvoranschlag für Personalausgaben monatlich 15 Milliarden vorsah, waren sie im Dezember auf 120,9 Milliarden angewachsen. In der Gesamtaufstellung betrugen die Ausgaben im Vorjahre 511 Milliarden statt der vorgesehenen 180 Milliarden. Die Ausgaben für die Eisenbahn beliefen sich statt der veranschlagten 62,5 Milliarden auf 108 Milliarden, für die Post auf 23,1 Milliarden statt 1⅒ Milliarde. Die Einkünfte aus dem Titel der direkten Steuern betrugen statt der präliminierten 117 Milliarden 116 Milliarden, aus dem Titel der indirekten Steuern 119 (anstatt 73), Zölle 34 (anstatt 30), Monopole 41,5 (26,8), Stempelgebühren 36,8 (8,1). An öffentlichen Abgaben kamen im ganzen 346 Milliarden anstatt der vorgesehenen 256,7 ein. Das Gesamtdefizit beträgt statt der veranschlagten 133 Milliarden ungefähr 510 Milliarden.

Die Verschuldung des Staates in der Polnischen Landesdarlehnskasse betrug im Jahre 1919 5,6 Milliarden, im Jahre 1920 52,8, im Jahre 1921 161,4 und im Jahre 1922 bereits 454,6 Milliarden, und überschritt damit die Einkünfte aus den öffentlichen Abgaben um ungefähr den dritten Teil. Die Gesamtverschuldungssumme betrug am 31. Dezember 1922 675 Milliarden bei 793,4 Milliarden Emission.

Die innere Verschuldung des polnischen Staates ist aus folgender Aufstellung ersichtlich: Schuld in der P. K. K. P. 675 600 000 000, 5prozentige Assignate aus dem Jahre 1918 106 749 524, 5prozentige langfristige Anleihe 1920 11 887 432 000, 5prozentige kurzfristige Anleihe 1920 2 129 336 100, 4prozentige Prämienanleihe 1920 4 903 176 000, Schatzscheine 1., 2. und 3. Em. 47 270 000 000, Goldanleihe 23 200 000 000. Das macht nach Abzug der durch die Wiedergeburtsanleihe abgezahlten Daninen 760 596 693 624 Mark poln. In Schweizer Franken umgerechnet (228 179 008) entfallen auf jeden Kopf 8,2 Schweizer Franken.

Die Auslandsverschuldungen Polens betrugen am 1. Januar 1923: Amerika 984 000 441 Schweizer Franken, Holland 29 752 600, Norwegen 16 373 686, Schweden 1 331 182, Dänemark 889 352, Schweiz 73 600, Frankreich 356 313 764, Italien 20 259 000, England 111 050 349; zusammen 1 519 543 974 Schweizer Franken. Auf den Kopf entfallen 54,3 Schweizer Franken.

Das ist der Finanzstand. Anders der Wirtschaftsstand. Pferde besitzt Polen 92,44 Prozent im Vergleich zur Vorkriegsperiode, Vieh 91,46 Prozent, Schafe 59,71 Prozent, Schweine 90,89 Prozent. Brach lagen 3 500 000 Hektar Anfang 1919, 2 335 975 im Frühjahr 1920, 1 213 000 im Jahre 1921 und 538 000 Hektar im Jahre 1922. Von 1 643 984 durch den Krieg vernichteten Gebäuden sind im ganzen 780 046 wiederaufgebaut worden; davon 106 009 im Jahre 1922. Es bleiben also noch 863 938 Gebäude aufzubauen, darunter 601 524 Wirtschaftsgebäude.

Der Vergleich der Ertragsfähigkeit des Ackers gestaltet sich folgendermaßen: Vor dem Kriege kamen auf 1 Hektar 12,2 Zentner Weizen, heute 11 Zentner, 11,2 Zentner Roggen (heute 11,3), 11,9 Zentner Gerste (heute 11,8), 10,3 Zentner Hafer (heute 11,3), 92,5 Zentner Kartoffeln, heute 156 Zentner.

In der Industrie sind folgende Vergleichszahlen zu verzeichnen: Eisenerz: Im Jahre 1913: Förderung 311 218 Tonnen (heute 817 300 Tonnen), beschäftigte Arbeiter 3237 (heute 5100); Stahl: frühere Förderung 1 483 824 Tonnen (jetzt 399 400 Tonnen), Arbeiter 19 875 (jetzt 17 870). Im Kohlenbergwesen in Kongreßpolen und Galizien ist die Vorkriegsproduktion überholt worden, während die Produktion im Teschener Schlesien und in Polnisch-Oberschlesien abgenommen hat. Die Papier- und Zelluloseproduktion ist um 40 Prozent schwächer als vor dem Kriege. Die Produktion an weißem Zucker ist von 1 640 000 metrischen Zentnern auf 2 650 000 gestiegen. Die Baumwollindustrie hat sich sichtlich ausgebreitet: Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt jetzt 109 Prozent der Vorkriegszahl, die Zahl der Spindeln 128 Prozent, die der Webstühle 105 Prozent. Dagegen reicht die Wollindustrie erst an 78 Prozent Spindeln, 46 Prozent Webstühle und 64 Prozent Arbeiter heran.

Die Handelsbilanz stellt sich für den Monat Juli so: Ausgeführt wurden 340 305 Tonnen im Werte von 40,457 Milliarden, eingeführt wurden 335 952 Tonnen im Werte von 50,591 Milliarden.

Aus diesen Aufstellungen geht hervor, daß der Finanzenstand Polens immer schlechter wird, während sich der Wirtschaftsstand bessert.

*

Die Lage der Petroleumindustrie.

Am Freitag findet im Ministerium für Handel und Industrie eine Sitzung des Naphtharates statt, in der das Gesetz über das Bruttorohöl, die Ein- und Ausfuhr von Rohöl und die allgemeine Lage in der Petroleumindustrie besprochen werden sollen.

Schlesische Wirtschaftsfragen.

Im Präsidium des Ministerrates fand am Montag unter dem Vorsitz des Arbeits- und Wohlfahrtsministers eine Wirtschaftskonferenz statt, in der Wirtschaftsfragen der schlesischen Wojewodschaft besprochen wurden. An der Konferenz nahmen teil: Finanzminister Grabski, der Direktor des Kreditdepartements, Statkiewicz, der schlesische Wojewode Schultis und der Vizewojewode Żurawski, der Marschall des schlesischen Sejm, Wolny, der außerordentliche Teuerungskommissar Hartleb, sowie Vertreter von schlesischen Berufsverbänden, Grubenbesitzern und sozialwirtschaftlichen Vereinigungen. Die oberschlesischen Vertreter legten eine Denkschrift vor mit den Forderungen der oberschlesischen Bevölkerung. Über die Denkschrift wurde lebhaft diskutiert. In der Diskussion wurden alle aktuellen Fragen, wie Fragen des Verkehrs, der normalen Kohlenausfuhr und der Wirtschaftshilfe in Form sofortiger Kredite erörtert. Die Haltung der Regierung befriedigte die schlesischen Abordnungen. Später fanden unter dem Vorsitz des Teuerungskommissars Hartleb Beratungen statt, die ausschließlich Verpflegungsfragen gewidmet waren. Am Nachmittag stellten sich die schlesischen Delegierten dem Ministerpräsidenten vor.

Die Uebernahme von Teilen der neutralen Zone.

Am Dienstag fand eine Sitzung des politischen Ausschusses des Ministerrates statt, in der die Übernahme des Polen auf Grund der Entscheidung des Völkerbundsrates vom 3. Februar d. Js. zuerkannten Teiles der neutralen Zone besprochen wurde.

Eine Tagung der Staatsanwälte.

Am nächsten Montag findet im Justizministerium eine Tagung der Staatsanwälte bei den Appellationsgerichten statt, auf der das Verfahren der Staatsanwaltschaftsämter einheitlich festgelegt werden soll.

Bei den Warschauer Krankenkassenwahlen,

die am Sonntag stattfanden, gaben von 130 000 Stimmberechtigten nur 25 998 Wähler ihre Stimmen ab. Die Frequenz war also noch schwächer wie im Vorjahre, in dem sie 25 v. H. betrug, während die diesjährige Beteiligung 20 v. H. beträgt.

„Der unsichtbare Krieg"

ist ein bemerkenswerter Aufsatz in der Dienstagnummer des „Kurjer Poznański" (Nr. 28, Dienstag, den 6. Februar) überschrieben. Der Verfasser (Rawita = Gawroński) geht in seinem Artikel davon aus, daß Deutschland seiner Kolonien und damit seiner Seemachtstellung beraubt, nicht nur in seinem Nationalstolz und seinen politischen Aspirationen, sondern auch in seinem wirtschaftlichen Dasein auf längere Zeit empfindlich getroffen sei. Weiter spricht er von den Fesseln des Versailler Vertrages, von der inneren Kraft des deutschen Volkes, von dem alten „Raubgeist der Tacitusgermanen", der das ganze Nordslawentum an der Ostsee vernichtet habe, die Preußen unterjocht und „seine blutbefleckten Klauen in den Leib Litauens, Lettlands und Estlands geschlagen" habe.

Diese drei kleinen Republiken seien stets unter dem Einfluß Polens, Deutschlands und Rußlands gewesen und seien es in gewisser Hinsicht heute noch. Die neueste Kolonisation sei die russische. Angesichts der drei großen Nachbarn sei die Selbständigkeit der drei neuen Republiken nur illusorisch und die territoriale Unversehrtheit ständig durch Rußland offensichtlich und durch Deutschland im geheimen bedroht. Nur Polen zeige keine Raubtendenzen, weder offensichtliche noch versteckte. — Im Anschluß daran preist der Verfasser als die einzige Rettung für die drei bedrohten Staaten einen engen Bund mit Polen und kommt dann auf das mysteriöse Memelabenteuer zu sprechen. Er wirft die Frage auf, für wen die Litauer Memel eingenommen hätten, und gibt darauf folgende Antwort: „Memel wird aller Wahrscheinlichkeit nach niemals in ihrer Hand bleiben, und wenn, dann als Brücke für die Fortsetzung der deutschen Kultur und die wirtschaftliche Eroberung Litauens dienen. Die von Rußland geduldeten Baltenstaaten, deren sehr junge und nicht weitblickende Regierungen eine nervöse Politik treiben, sehen die Gefahr nicht. Und unter ihnen treibt Litauen eine Abenteuerpolitik, die im geheimen von Deutschland geleitet wird. Litauen ist den Deutschen als der Weg, der nach Riga und Reval führt, notwendig. Sie sind froh, wenn sie einen Krawall im Osten hervorrufen können; denn das kann neue Verwicklungen zur Folge haben, die den Deutschen so sehr nötig sind, um den Versailler Vertrag umzustoßen oder zu ihren Gunsten umzuwandeln." Der Verfasser spricht dann einerseits von der Notwendigkeit für Deutschland, Kolonialland zu erwerben, und andererseits von der wirtschaftlichen Bedeutung der Baltenstaaten für Rußland und der sich aus diesem vermeintlichen Gegensatz ergebenden Ablenkung Sowjetrußlands durch Deutschland auf die von Polen her drohende Gefahr und fährt dann fort: „Unter dem Kulissendruck Deutschlands haben die Litauer Memel eingenommen und glauben, es zu eigenem Ruhm und Nutzen getan zu haben. Selbst wenn Memel in litauischen Händen verbleiben sollte, wird es in sehr kurzer Zeit die Brücke, über die zunächst der deutsche Einfluß, dann die politische Abhängigmachung und schließlich die deutsche Kolonisation über Litauen längs der Ostsee vorrücken wird. Insofern gehört die heutige Besetzung Memels in den Bereich der politischen Pläne Deutschland, und das von Größe und Unabhängigkeit träumende Litauen würde der Weg werden, der ins Innere Lettlands und Estlands führt, die wohl die sehr weite russische Gefahr sehen, nicht aber die sehr nahe deutsche Gefahr gewahr werden." Zum Schluß richtet der Verfasser an die Koalition die Mahnung, das Vorrücken Deutschlands längs der Ostsee zu verhindern, und erwartet für den Fall, daß die Baltenstaaten ihre unklare Politik nicht ändern, daß Rußland sich leicht mit Deutschland verständigen wird, und daß Deutschland einen zweiten Lloyd George finden wird, der ihm aus Mitleid das ganze früher russische Küstenland abtreten wird, das für England so viel Wert besitzt „wie ein Pfund Baumwolle". —

Das hier wieder aufgewärmte Märchen von der deutschen Initiative bei dem Einbruch der Litauer in das Memelgebiet ist unterdes schon mit voller Klarheit zurückgewiesen worden. Trotzdem wird es, wie man sieht, weiter verwendet als eines der Mittel, die Furcht vor der „deutschen Gefahr" zu erwecken und zu vermehren und damit die Stimmung gegen Deutschland zu schüren.

Die Staatsangehörigkeit des Sejmabgeordneten Naumann.

Eine Sondermeldung des „Dziennik Pozn." (Nr. 28) lautet wörtlich: „Die Dreistigkeit des ehemaligen preußischen Landrates und Mitgliedes der Ansiedlungskommission Naumann, der widerrechtlich als Sejmabgeordneter gewählt wurde, äußerte sich letzthin darin, daß er auf die Aufforderung des Obersten Gerichtes, die ihm durch Vermittelung des Landratsamtes zuging, er möchte zum Zweck der Entscheidung über seine Staatszugehörigkeit nähere Angaben machen über seinen Aufenthalt in den Jahren 1908 bis 1920, in deutscher Sprache antwortete, als gewählter Sejmabgeordneter halte er sich nicht für verpflichtet sich zu legitimieren."

Ein zweites Attentat auf Stambulinski

Am Sonntag abend wurde während einer Galavorstellung im Theater in Sofia nach der Loge, in der sich der Ministerpräsident Stambulinski mit einigen anderen Ministern befand, eine Bombe geworfen. Die Bombe explodierte, ohne Menschenleben als Opfer zu fordern. Der Materialschaden ist ganz unbedeutend. Die Vorstellung erlitt keine Unterbrechung.

Ein Block der Orientstaaten.

Die Vertreter der östlichen Länder hielten vor dem Abbruch der Konferenz in Lausanne eine Konferenz in Sachen der Bildung eines Blocks der Orientstaaten ab.

Die Franzosen rücken in Baden ein.

Besetzung von Offenburg und Appenweier.

Am Sonntag morgen haben französische Truppen die Bahnhöfe Offenburg und Appenweier in Baden, im Gebiet des Brückenkopfes Kehl besetzt. Die Besetzung soll als Gegenmaßnahme gegen die Zurückhaltung der internationalen Züge durch Deutschland erfolgt sein.

In Offenburg wurden Sonntag früh 9 Uhr von Kavallerie der Bahnhof, die Post, das Rathaus und die Kinzigbrücke besetzt. Da das Einrücken schon am Abend vorher gemeldet war, konnte noch viel Eisenbahnmaterial in Sicherheit gebracht werden. Die Besetzung erfolgte durch ein starkes Departement.

Die Einzelheiten von den Besetzungen in Baden.

Über die Besetzung Offenburgs und Umgebung durch die Franzosen wird uns von zuständiger Stelle noch folgendes mitgeteilt: Die Hauptmacht der Franzosen war in Schlettstadt im Elsaß zusammengezogen und wurde mit der Bahn bis Straßburg gebracht. Französische Eisenbahnbeamten waren bereits im Laufe des Sonnabend nachmittags in Kehl eingetroffen. Am Sonntag vormittags von 9 Uhr an begann die Besetzung von Windschläg, Appenweier, Offenburg und Ortenberg durch starke französische Truppen, zunächst durch Kavallerie in Begleitung von Panzerwagen, dann durch Infanterie und Artillerie. Eisenbahn- und Postverkehr blieben zunächst ungestört. Um 2 Uhr nachmittags aber wurden Post- und Telegraphenverkehr völlig unterbunden. Zwischen 11 und 12 Uhr vormittags gab der französische Kommandant in Offenburg den Vertretern der Staats- und Gemeindebehörden, die vom Oberbürgermeister zusammenberufen worden waren, einen Befehl bekannt, in dem unter anderem mitgeteilt wurde: Die Operation der französischen Truppen verfolge keinen militärischen Zweck und richte sich auch nicht gegen die Bevölkerung, sondern sei als Sanktion gegen gewisse Machenschaften anzusehen, die im Widerspruch zu dem Friedensvertrag stünden, so unter anderem wegen der Einstellung verschiedener internationaler Züge.

Ein Aufruf der badischen Regierung.

Die badische Regierung hielt, wie berichtet, am Sonntag nachmittag einen bis in die Abendstunden währenden Kabinettsrat ab, der sich eingehend mit der durch die Besetzung Offenbachs geschaffenen Lage beschäftigte. Unter anderem wurde beschlossen, einen Aufruf an das badische Volk zu richten, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß das Volk sich geschlossen hinter die Regierung stellt, und daß alle Staatsbürger die Würde bewahren und Ernst und Besonnenheit an den Tag legen, die das höchste Gebot der Stunde sind.

Badens Regierung an die Reichsregierung.

Die badische Regierung hat die Reichsregierung telegraphisch ersucht, gegen das unerhörte völkerrechtswidrige Vorgehen der Franzosen schärfsten Protest zu erheben. Zugleich wurde der Oberamtmann von Offenburg beauftragt, dem Kommandanten der französischen Truppen mitzuteilen, daß die Beamten sich lediglich an die Befehle der badischen und der Reichsregierung halten. Von Montag abend 7 Uhr wird jeder Bahnverkehr zwischen Offenburg und Appenweier eingestellt; durchgelassen werden nur die internationalen Züge von Holland nach der Schweiz.

Die Bedeutung des französischen Einbruches in Baden.

Die beiden Stätte Appenweier und Offenburg, die von den Franzosen besetzt worden sind, sind beide Stationen der deutschen Hauptbahnstrecke, die von Mannheim über Karlsruhe, Baden-Oos, Appenweier, Offenburg nach Freiburg und Basel führt und das Rückgrat des südwestdeutschen Eisenbahnnetzes darstellt.

Berliner Pressestimmen.

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt, die Bevölkerung des Ruhrgebietes wird schon einige Zeit von Herrn Poincaré eines Anschauungsunterrichtes über wahren Militarismus gewürdigt, der schon jetzt die herrlichsten Früchte gezeitigt hat. Nun komme — zunächst — Baden an die Reihe, und bald wird danach auch der übrige deutsche Süden seine nationale Feuerprobe zu bestehen haben. Wir sind überzeugt, er wird in deutscher Gesinnung und in deutscher Treue sich ebenso bewähren, wie das deutsche Volk an Ruhr und Rhein, und der widerwärtige Zank, der immer noch in deutschen Gassen über die angeblich bedrohte Einigkeit zwischen Nord und Süd im allgemeinen und zwischen Preußen und Bayern im besonderen tobt, wird endlich verstummen — vor ungleich größeren Sorgen.

„Berliner Montagspost" betont, Frankreich glaubt eben auf Grund der von ihm proklamierten allgemeinen deutschen Rechtlosigkeit sich nehmen zu können, was ihm behagt. Immer offener bekennt es sich einem unbewaffneten Nachbarn gegenüber zum brutalen Recht des Stärkeren.

Die Lage im Ruhrrevier.

Die Lage im Ruhrrevier ist im allgemeinen unverändert. Auf dem Bahnhofe Bohwinkel ist eine französische Wache einquartiert worden. In Westhofen wurden die Bahnhofsanlagen von einigen französischen Offizieren besichtigt. Die auf dem Bahnhofe in Schwerte eingetroffenen Franzosen sind nach Vermessung der Verladerampe wieder abgerückt. Der aus Herne mitgeteilte Großbefehl des französischen Generals der Besatzungstruppen für die Polizeibeamten tritt heute für das neubesetzte Gebiet in Kraft.

Unfähigkeit und Brutalität der Franzosen.

In Weisenau bei Mannheim sind infolge Unfähigkeit von Franzosen zwei von französischen Eisenbahnern geführte Züge zusammengestoßen und ein Hilfszug entgleist. In Ingelheim ist ein Zug entgleist und umgefallen. Das französische Militär hieb und schoß auf die Menschenansammlung, die sich gebildet hatte. Laut „Frankfurter Nachrichten" fanden 9 Personen bei dieser Schießerei den Tod. Die Eisenbahner forderten, daß sämtliche Posten aus dem Bereich der Eisenbahn gezogen werden und ferner, daß die Verhafteten in Freiheit gesetzt werden. Bis auf den letzten Punkt sind die Forderungen bewilligt.

Neue Verhaftung.

Der Polizeipräsident in Essen ist am Montag vormittag verhaftet worden, weil er seine Unterstützung bei der Durchführung der Vorschriften des Ausnahmezustandes verweigert hat.

Disziplinlosigkeit der Franzosen.

Nach einer Meldung aus Duisburg offenbart sich in dem neubesetzten Gebiet die wachsende Disziplinlosigkeit der französischen Truppen in der Tatsache, daß sich Burschen und Ordonnanzen weigern, deutsche Läden zu betreten, um dort im Auftrage ihrer Vorgesetzten Einkäufe zu machen.

Die Verstopfung der Bahnhöfe.

Französischen Blättermeldungen zufolge sollen in Westfalen gegenwärtig 20000 Waggons mit Kohle stehen, die infolge der Streiks und der Verstopfung der Bahnhöfe nicht befördert werden können. Nach beendigtem Streik und der Wiederherstellung des normalen Eisenbahnverkehrs im Ruhrgebiet sollen sie, wie französische Blätter hoffen, nach Frankreich abgehen. Dieser Augenblick dürfte wohl nie eintreten.

Die Besprechungen des Reichskanzlers im Ruhrgebiet

Reichskanzler Cuno hat in Essen, Bochum und Dortmund im Kreise von Vertretern aus vielen Bevölkerungs-

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(15. Fortsetzung.)

Die Bauern steckten die Köpfe, raunten und flüsterten, erwogen und beargwöhnten; schließlich aber überwand der Stolz über die Tatsache, daß drei gebildete Menschen aus einer großen Stadt, in der sie längst Heimatrecht erworben hatten, sich um das Bürgerrecht der simplen Dorfgemeinde mühten, alle Bedenken, und in feierlicher Sitzung, mit einem steifen und altväterischen Zeremoniell, wie es nur konservative Bauern kennen, wurde die Aufnahme der drei Künstler in den Gemeindeverband vollzogen.

Ein frohes Fest auf der Hochalm, an dem fast die ganze Gemeinde teilnahm, krönte den Tag.

Daß der Sommer auf den Höhen des Wilden Jägers nur kurze Dauer habe, darauf wies Loisl unablässig und stets mit einer gewissen wehmütigen Trauer hin; er begönne zumeist erst gegen Anfang Juni, wenn die Almen schneefrei und die Wege gangbar würden, und endige meist schon in den letzten Augusttagen, wenn die ersten Herbststürme den ersten, tiefen Neuschnee brächten.

Völker und Emma Dierks betrieben darum, so wohl sie sich in der Ungebundenheit des freien Berglebens auch fühlten, schon bald die Heimkehr. Den Geologen drängte es, die Ergebnisse seiner Forschungen den Autoritäten seines Faches zu unterbreiten und die Studentin, die eine tiefere Neigung zu ihm gefaßt hatte, wollte nicht bleiben, wenn er ginge. Fernleitner dagegen war halb entschlossen, des Herbstes ganze Köstlichkeit auf den Hängen und Matten, des Wilden Jägers auszukosten und schob jeden Gedanken an eine frühe Rückkehr nach Kräften von sich. Ruth Marlow war so eingehüllt in das Genießen des Berges und seiner Wunder, daß sie Fernleitner nicht widersprach, und Volkner malte Studie um Studie, der immer wechselnden Reize der Umgebung nicht müde werdend.

Da zwang ein plötzlicher Wettersturz zu raschen Entschlüssen und fegte den Sommer gründlich aus dem Land.

Völker und die Studentin stiegen, sobald die Wege wieder gangbar wurden, zu Tal und nahmen für dieses Jahr Abschied von dem Wilden Jäger und seiner neugegründeten Künstlerkolonie.

Ruth Marlow fröstelte und fühlte sich mit einem Male unbehaglich zwischen den Balkenwänden, die jeder verweichlichenden Bequemlichkeit entbehren und mehr für den heißen Sommer geschaffen waren, denn für den kühlen Herbst.

Auch Volkner und Wildenbrunner wurden unruhig und erwogen ernstlich den Gedanken einer baldigen Rückkehr, als die wiederkehrende Sonne nunmehr mäßige Wärme verbreitete.

Fernleitner war tief unglücklich über diese Entwicklung, denn er hoffte noch immer auf den seinen stillen Herbst und quälte Loisl unablässig mit Fragen, ob das Wetter nicht wieder besser würde.

Der alte Knecht sah lange bedächtig zum Wilden Jäger empor und prüfte mit dem Blick die merkwürdige Wolkenbildung, die man seit einigen Tagen beobachten konnte. Dann meinte er mit sanfter Resignation, es gäbe Jahre auf dem Wilden Jäger, in denen der Sommer sich fast ohne Übergang zum Winter wandele und riet den Sennerinnen, den Abtrieb des Viehs von der Alm für einen der nächsten Tage vorzubereiten.

So beschloß man denn, noch bis zu diesem Tage zu bleiben und dann, wenn Loisl mit dem Sennerinnen nach Süden abstiege, über den Nordgrat hinweg den Wildsee zu erreichen und von dort die Heimreise anzutreten.

Abschiedsstimmung lag in der Natur, und vor allem war es Fernleitner, der tausendfachen Abschied von seiner neuen Heimat nahm. Stundenlang wanderte er über die Matten, durchquerte den Gletscher und stieg in den Felsen herum. Eine seltsame Unrast hatte ihn erfaßt, und ein Trennungsschmerz peinigte ihn, den er noch nie zuvor empfunden hatte.

Wieder und wieder stieg er den steilen Felsengrat zum kühn geschwungenen Gipfel hinan, einsam und allein, und gedachte wehmütig des Sommers, der heuer so früh schon zu Ende ging.

Auch an sein Werk mußte er denken, den gewaltigen, glutvollen, aufwühlenden Roman, der mächtig gediehen war am Herzen des Berges, dem er gewidmet werden sollte; aber noch fehlte ihm der Schluß, die Krone des Ganzen und immer war es ihm, als müßte der Berg selbst ihm den Schluß noch schenken mit einer letzten größten Offenbarung geheimster Wunder.

Aber der Berg schwieg, als hätte er nichts mehr zu erzählen, die Wunder blieben aus, und mißmutig, verstimmt und traurig kehrte Fernleitner zurück zur Hütte.

Loisl empfing ihn. „Übermorgen früh treiben wir ab!" berichtete er ihm.

„Dann ist also morgen der letzte Tag?" forschte Fernleitner.

Loisl nickte. „Ja. Und ich meine, wir sollten ihn zu einer letzten Tour auf den Gipfel verwenden."

„Von dort komme ich eben!" berichtete Fernleitner müde und traurig. „Es war dunstig und kühl."

„Aber morgen," versetzte Loisl, „könnte einer der seltenen Herbsttage werden, an dem man bis in unendliche Weiten schauen kann. Es ist wieder kühler geworden, aber die Luft ist klar und rein wie sie sein muß, wenn gute Fernsicht werden soll!"

Fernleitner warf einen kurzen, nachdenklichen Blick auf den alten Knecht, dessen jahrelange Erfahrung noch nie getrogen hatte. „Dann wollen wir morgen also zum letzten Male nach dem Gipfel gehen!" entschied er dann und ging in die Hütte, um den anderen den Plan für den kommenden Tag zu verkünden.

(Fortsetzung folgt.)

gruppen eingehende Aussprachen gepflogen. Abends verließ der Kanzler wieder das Einbruchsgebiet. Die Besprechungen ergaben völlige Übereinstimmung über die Notwendigkeit des geschlossenen Widerstandes gegen den Einbruch des französischen Imperialismus und Kapitalismus, wie auch über die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die zur Überwindung der infolge des Einbruches drohenden Schwierigkeiten und Gefahren geboten sind.

Die Bedingung deutscher Verhandlungsbereitschaft.

Der Reichskanzler Cuno erklärte, zu Verhandlungen sei die deutsche Regierung nur bereit, wenn die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes rückgängig gemacht werde, nicht aber unter der französischen Bedingung, nach der das Ruhrgebiet auf 5 Jahre als Pfand von Franzosen und Belgiern besetzt bleiben solle.

Minister Severing in Frankfurt.

Der preußische Innenminister Severing traf in Frankfurt a. M. ein und nahm an einer Konferenz im Polizeipräsidium teil, der auch Regierungspräsident Hänisch beiwohnte.

Italien sendet 2 Ingenieure.

Die von der italienischen Regierung nach Essen entsandten italienischen Ingenieure Bardolfi und Perroni sind in Essen eingetroffen. Die beiden Ingenieure haben an der Sitzung der Kohlenkommission bereits teilgenommen.

Flugblattpropaganda.

Der Generalstab der Besatzungsarmee hat angeordnet, Fluggeschwader über das unbesetzte Deutschland zu entsenden und Flugblätter gegen die Reichsregierung und gegen die deutschen Unternehmer abwerfen zu lassen.

Die rheinischen Separatisten stellen ihre Arbeit ein.

Das Sekretariat des Rheinischen Volksbundes, der bekanntlich die Lostrennung des Rheingebiets von Preußen erstrebt, hat an die rheinischen Blätter ein Communiqué gerichtet, in dem es erklärt, daß die Separatisten unter den gegenwärtigen Umständen die Betreibung ihrer bisherigen Politik unterlassen und in die deutsche Einheitsfront keine Bresche schlagen wollen. Die vier Zeitungen, die die Sonderbündler herausgaben, mußten sämtlich ihr Erscheinen einstellen, da das gesamte technische Personal die weitere Arbeit verweigerte. Diese Entwicklung ist ein erfreuliches Zeichen von der wachsenden Einigkeit des deutschen Volkes.

Englisches Urteil über Frankreichs Schwierigkeiten im Ruhrgebiet.

Ein englischer Fachmann behandelt in dem gewiß nicht deutschfreundlichen „Daily Telegraph" die technische und administrative Seite des Problems des Ruhrbergbaus, dem sich die Franzosen jetzt gegenüber sehen, und kommt dabei zu dem sehr bemerkenswerten Schluß, daß die Franzosen mit den sie dort erwartenden Schwierigkeiten in keiner Weise fertig werden dürften. Es heißt in diesem sehr interessanten Aufsatz u. a.:

„Von französischer Seite ist festgestellt worden, daß, wenn die deutschen Bergbaubeamten die Arbeit in den Zechen verweigern, die Franzosen auch ohne sie fertig werden könnten. Schlecht gerechnet, sind 35 000 Beamte im Ruhrbergbau beschäftigt. Selbst wenn Frankreich aus seinem eigenen Lande alle Bergbaubeamten, über die es verfügt, herauszöge, so würde es ihm doch unmöglich sein, mehr als 30 Prozent der erforderlichen Beamten aufzubringen. Seit der Besetzung des Saargebietes durch die Franzosen ist dort die Mehrheit der deutschen Bergbaubeamten durch Franzosen ersetzt worden, und es mag in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen sein, daß die Kohlenförderung an der Saar von 15 Millionen Tonnen auf 8 Millionen Tonnen jährlich gesunken ist."

Im folgenden weist das englische Blatt darauf hin, daß außer den eigentlichen technischen Bergwerksbeamten noch eine große Zahl von Wohlfahrtsbeamten im Ruhrgebiet leben, da die Zechenbesitzer in glänzender Weise für Wohnung, Ernährung, elektrische Beleuchtung, Heizung, Wäsche und sonstige Bequemlichkeiten für ihre Bergleute sorgen. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit den Sätzen:

„Hält man alles dies zusammen, so muß man zu dem Schluß kommen, daß für den Fall, daß eine beträchtlichere Anzahl deutscher Bergbaubeamter den Franzosen die Dienstleistung verweigert, diese nicht imstande sein werden, mehr als einen sehr kleinen Teil dieses ungeheuren Organisationskomplexes zu leiten und in Betrieb zu nehmen. Es ist möglich, daß die Franzosen vielleicht die Staatsgruben im Ruhrgebiet erfolgreich betreiben können; diese aber stellen nur einen sehr unwesentlichen Teil der Ruhrförderung dar. Aber selbst bei Überwindung aller dieser Schwierigkeiten und bei Fortsetzung der Arbeit durch Beamte und Arbeiter unter französischer Okkupation kann jederzeit ein Eisenbahnerstreik Frankreich daran hindern, die Früchte der Ruhrwirtschaft zu ernten."

Eine Drohung der „Times".

Ein Artikel der „Times", in dem dieses Blatt heftig gegen die französischen Intrigen in Lausanne protestiert, schließt mit den Worten: „Mit der Politik, die die Franzosen jetzt im Ruhrgebiet verfolgen — einer Politik, die in England die größte Besorgnis für die Zukunft Europas und der Welt verursacht —, beruft sich die französische Regierung, welche wissen muß, daß Großbritannien vollkommen entgegengesetzter Ansicht ist, auf die Sanktionen eines Vertrages, der das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen aller der Mächte ist, die im Kriege Alliierte waren. England wurde nicht um Rat gefragt. Die Franzosen sind in das Ruhrgebiet vorgedrungen, haben eine blühende Industrie desorganisiert, das Bestehen europäischer Verbindungsmittel in Unordnung gebracht, das Ruhrgebiet von dem rechtsrheinischen Deutschland abgetrennt, Kriegsrecht auferlegt und in Deutschland einen Geist des Widerstandes und rücksichtsloser Mißachtung aller (?) durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen erweckt, was wahrscheinlich das gesamte Werk des Friedens in vollständige Verwirrung bringen wird. England hat keinen Anteil an all diesen Dingen und muß trotzdem die Folgen tragen. Wenn die französische Regierung in einer blinden Betörung für irgend welche eigenen dunklen Pläne selbst so weit geht, die Hoffnung auf Frieden im nahen Osten zum Scheitern zu bringen, so wird das englische Volk zu fühlen beginnen, daß die Entente wirklich zu Ende sei.

Vom Deutschtum im Auslande.

Der König von Rumänien hört eine deutsche Predigt.

Am Weihnachtstage wohnte der König von Rumänien einem Gottesdienst in der katholischen Kathedrale in Bukarest bei. Dabei wurde eine deutsche Predigt gehalten. Dieserhalb interpellierte dieser Tage der bedeutende rumänische Gelehrte Professor Jorga, von dem man sonst nur schöne Phraseologien über die Edelmütigkeit des rumänischen Volkes und seine Toleranz hört, der aber gelegentlich sich auch schon recht böse Ausfälle gegen das Deutschtum geleistet hat, in strafendem Tone in der Kammer. Der Unterrichtsminister mußte nach Einziehung von Erkundigungen feststellen, daß der Erzbischof zugesagt habe, in der Kathedrale Sankt Joseph, in der sonst abwechselnd rumänisch, französisch und deutsch gepredigt wird und in der die deutsche Predigt zufällig an die Reihe kam, als der König dem Gottesdienst beiwohnte, in Zukunft stets rumänisch zu predigen, wenn der König anwesend sein werde. Nun ist das rumänische Staatswesen wieder einmal gerettet!

Deutsches Reich.

** **Ablehnung des Antrags auf Abschaffung der Todesstrafe.** Die Hauptkommission des preußischen Landtages hat den Antrag der Sozialisten auf Aufhebung der Todesstrafe abgelehnt.

** **Jede sechste Stunde in Berlin ein Selbstmord.** Das Berliner Polizeipräsidium hat eine Statistik veröffentlicht, wonach im Jahre 1922 in Berlin 1200 Selbstmorde verübt wurden.

** **Verstärkte Braunkohlenförderung in Mitteldeutschland.** Die Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlengebiet beschlossen, auch Sonntagsschichten zu verfahren, um einem Ausfall der Ruhrkohle zu begegnen.

** **Rückkehr des letzten Kriegsgefangenen.** Der letzte deutsche Kriegsgefangene, Oskar Otto Reut, der nach seiner Freilassung noch durch Krankheit in Frankreich zurückgehalten wurde, ist aus Toulon in Ludwigshafen eingetroffen.

** **Französische Zeitungen in Berlin.** Zwei neue französische Zeitungen, der „Courier de Berlin" und das „Echo de Berlin", sind in wöchentlich zwei- resp. dreimaliger Erscheinungsform ins Leben gerufen worden. Sie sind im wesentlichen Anzeigenblätter, die allerdings auch Politik betreiben.

** **Tödliche Massenvergiftungen durch Pferdefleisch.** In Freienwalde an der Oder sind nach dem Genusse von Pferdefleisch bei mehr als 200 Personen Vergiftungserscheinungen eingetreten. Zwei Erwachsene sowie drei Kinder sind bereits gestorben. Wie die Blätter melden, wurden bei der Obduktion der Leichen Paratyphusbazillen festgestellt, die wahrscheinlich den Tod der Opfer herbeiführten. Gegen den Roßschlächter, der das von den Vergifteten genossene Fleisch verkauft hat, ist die Voruntersuchung eröffnet worden. Die Zahl der Erkrankungen ist auf 323 gestiegen.

Freistaat Danzig.

†* **Beratungen mit Polen über Monopol- und Zollfragen.** Die Freistadt Danzig hat sich an die polnische Regierung mit dem Vorschlag gewandt, in Verhandlungen über die Vereinheitlichung der Akzise-Monopolgesetzgebung in Polen und im Gebiet der Freistadt Danzig zu treten. Die Vereinheitlichung soll durch Ausgleichung der Akzisenormen und Einführung der in Polen geltenden Monopolvorschriften im Freistaat Danzig erfolgen. Dann würde sich die Monopol- und Zollgrenze zwischen Polen und Danzig erübrigen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich noch im Laufe des Monats stattfinden.

†* **Erhöhung der Brotpreise.** In Danzig kostet von Montag ab das Kartenbrot 900 Mark. Am 14. Januar kostete es 200 M., am 15. Januar 300 M. und am 24. Januar 600 M. Der Preis für Brot ohne Brotkarten ist auf 1900 Mark gestiegen.

†* **Zusammenschluß der Schweizer in Danzig.** Die Danziger Ortsgruppe der Neuen Helvetischen Gesellschaft, die sich aus rund 30 Mitgliedern zusammensetzt, entfaltet eine sehr rege Tätigkeit. Es hat ein Vortragszyklus über die Geschichte Danzigs und seiner Bauten begonnen. Es wurde ferner ein Referat über Wesen und Ziele der Neuen Helvetischen Gesellschaft gehalten und die Besichtigung von Baudenkmälern und Kirchen Danzigs gemeinsam vorgenommen.

Aus aller Welt.

Zum Präsidenten des finnischen Parlaments wurde Wirkunen vom Koalitionsblock gewählt, zu Vizepräsidenten Wnolik von den Sozialdemokraten und Lespo von den Agrariern.

Der japanische General Kuroki, der Sieger in der Schlacht am Flusse Jalu im russisch-japanischen Kriege, ist nach einer Meldung aus Tokio im Alter von 79 Jahren gestorben.

Aus dem Gerichtssaal.

Todesurteil gegen einen Raubmörder.

* **Thorn, 5. Februar.** Die 2. Strafkammer des Thorner Bezirksgerichts verurteilte den Händler Jan Wisniewski aus Schwetz zum Tode und zu einem Monat Gefängnis. W. hatte den Händler Bronisław Kwella ermordet, um 100 000 Mark beraubt und außerdem durch einen Betrug um 60 000 M. geschädigt.

Todesurteil gegen einen Leutnant.

* **Warschau, 4. Februar.** Vor dem hiesigen Bezirksmilitärgericht hatte sich dieser Tage Leutnant Ankerstein, der angeklagt war, Unterschlagungen begangen zu haben, zu verantworten. Ankerstein veruntreute alle ihm anvertrauten Gelder, die er zu Vergnügungszwecken, besonders aber zum Glücksspiel verbrauchte. Er gestand, 880 000 Mark unterschlagen zu haben, die er verschiedenen Kameraden geliehen haben will. Die Verantwortung für die übrigen fehlenden Summen wälzte er auf seine Untergebenen ab. Das Militärgericht verurteilte Henryk Ankerstein zum Tode durch Erschießen.

* **In einem Tage zum Millionär.** Das unglaubliche Geschäft, ohne einen Pfennig Geld zu besitzen, an einem Tage zwei Millionen an der Börse zu verdienen, hat der erst einundzwanzigjährige Kaufmann Hans Silberstein fertiggebracht, gegen den die neunte Strafkammer des Landgerichts I Berlin eine Anklage wegen Betruges zu verhandeln hatte. Wegen Untreue waren der frühere Bankvorsteher Friedrich Müller und der Bankbeamte Ernst Zorn mitangeklagt. S. hat eine schon recht bewegte Vergangenheit hinter sich. Er ist schon als Sechzehnjähriger wegen Erpressung vorbestraft. Bald darauf erlitt er eine weitere Vorstrafe wegen schwerer Urkundenfälschung. Die Anklage wirft ihm jetzt folgendes vor: Der Angeklagte freundete sich mit mehreren Depositenkassenvorstehern an, mit denen er dann anfänglich kleine Geschäfte machte, um schließlich einen großen Schlag zu unternehmen. Er kam eines Tages zu den bei einer Großbank angestellten Angeklagten M. und Z. Er erzählte ihnen, daß er zum Teil im Auftrage seines Vaters große Spekulationsgeschäfte unternehme, und bat, ihm persönlich einen kleineren Kredit einzuräumen. Der Angeklagte M. tat dies auch unter Verletzung seiner Vorschriften. Der Angeklagte gab nun an, er stehe mit der Firma Dota, Zigarettenfabrik, in Geschäftsverbindung und wolle mit dieser eine große Transaktion „landen". Da M. die Firma bekannt war, gewährte er dem Angeklagten einen größeren Kredit, jedoch nur zu diesem Geschäft mit der Firma. S. nutzte ihn jedoch aus, um einen ganz raffinierten Börsencoup zu inszenieren. Auf Grund eines Schecks über 3¾ Millionen Mark erhielt S. einen Kredit, den er voll ausnutzte, aber später nur mit 1½ Millionen Mark deckte, so daß ein Manko von 2¼ Millionen Mark verblieb. Um diesen Betrag wieder zu decken, setzte er sich mit einem gewissen Rosendorf in Verbindung, der ihm, obwohl er selbst kein Vermögen besaß, einen Scheck über 3½ Millionen ausstellte, den S. wiederum bei der Bank in Zahlung gab und dessen Rest er sich nach einer anderen Bank überschreiben ließ. Hieran soll sich auch der Angeklagte Z. beteiligt haben. — In der Verhandlung bezeichnete der Vertreter der Anklage, Dr. Freundlich, den Angeklagten als einen Schädling des deutschen Volkes, der es fertiggebracht habe, in der gewissenlosesten Weise das Vertrauen zweier anständiger Bankbeamten zu täuschen. Der Vertreter der Anklage beantragte deshalb ein Jahr Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einer Freisprechung der Angeklagten M. und Z., indem es annahm, daß sie selbst Opfer eines Betrügers geworden seien und jene Kreditgewährung nicht in der Absicht, die Bank zu schädigen, sondern im Gegenteil um ihr Vorteile zu verschaffen, erfolgt sei. Bezüglich des Angeklagten Silberstein ging das Gericht noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, da der Angeklagte ein Schädling sei, der gerade in der heutigen Zeit außerordentlich gefährlich für die Allgemeinheit wirke, und erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Neues vom Tage.

§ **Erdbeben und Vulkanausbruch am Stillen Ozean.** Londoner Blättern wird aus Neuyork von einem furchtbaren Erdbeben berichtet, von dem in den letzten Tagen die Hawai-Inseln (Sandwichinseln, Besitz der Vereinigten Staaten) heimgesucht worden sind. Einige Städte sind teilweise zerstört worden. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden. Jede Verbindung mit der Insel Samoa ist unterbrochen. — Aus Kalifornien wird von einem Ausbruch des Vulkans Lassen gemeldet. Beide Ereignisse, das Erdbeben auf den Hawai-Inseln und der Vulkanausbruch in Kalifornien, sind jedenfalls Auswirkungen einer unterirdischen Revolution am Stillen Ozean. Die ersten Anzeichen waren die Erdbeben im Dezember in Chile und auf den japanischen Riu-Kiu-Inseln.

§ **Eine saubere Wurstfabrik.** Die Polizei in Braunschweig beschlagnahmte bei einer unvermutet nächtlichen Durchsuchung in der Wurstfabrik des Schlächtermeisters W. Blume zwei Kälber und ein Rind, deren Fleisch dem Abdecker zugeführt werden sollte, da die Tiere an schweren Krankheiten verendet waren. Das Fleisch war mit einem im städtischen Schlachthaus gestohlenen Stempel gestempelt. Nach Aussage des Personals hat Blume seit Jahren das Fleisch von Tieren, die für die Abdeckerei bestimmt waren, zu Wurst verarbeitet, und dabei ein Vermögen von vielen Millionen Mark verdient. Blume wurde verhaftet, die Wurstfabrik wurde polizeilich geschlossen.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den **Monat Februar 1923**

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 6. 2. abends 7½ Uhr: **„Aida",** Oper von Verdie

Mittwoch, den 7. 2. abends 7½ Uhr: **„Die Fledermaus",** Komische Oper von Strauß.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

Bücher und Zeitschriften.

Für unsern Leserkreis empfehlen wir zur Anschaffung:

Güthling, Sophocles, Zitatenschatz aus Sophocles u. Euripides.
Burg, Der eiserne York. Ein Roman von deutscher Erhebung aus tiefster Not.
Karpinski, Welt-Untergang.
Eucken, Die Lebensanschauungen der großen Denker.
Jacob-Marzella, Der Untergang des Mittelstandes.
Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. 2. und 3. Teil.
Lomer, Kommende Weltkatastrophen.
Loreley, Romane. Bd. 36.
Daum, Das Seeboflieserl.
Siebe, Deutsche Jugend in schwerer Zeit.
do., Heimatsucher.
Maas, Spanien.
Brand-Wöhler, Selbstunterricht in der Pferdekenntnis.
Gandig, Die Schule im Dienste der werdenden Persönlichkeit.
Trinius, Im Zauber der Wartburg.
Schlaf, Das dritte Reich.
Brinkmann, Die bewegenden Kräfte in der deutschen Volksgeschichte.
Nordenskiöld, Traumsagen aus den Anden.
Gerster, Der galante Stadtschreiber. Roman.
Dr. Lenz, Die Erblichkeitslehre beim Menschen.
Rasmussen, Grönlands-Sagen.
Rochowanski, Der tanzende Schwerpunkt.
Russisches Wörterbuch.
Dr Schirmacher, Die Geknechteten.
Zum 6 Erdteil: Die große deutsche Südpol-Expedition.
Woltze, Das klassische Weimar.
Dr Goebel, Vom Weltgefühl des Humors.
Havemann, Der polare Mensch.
Ven, Schönheiten am Niederrhein.
Weirauch, Agonie der Leidenschaft. Roman.
Ehrler, Die Reise ins Pfarrhaus. Roman.
Haase, Die Erziehung zur Freude an der Natur.
Krüger, Luther und der Neuprotestantismus.
Classen, Altes Testament.
Quensel, Thüringer Sagen.

Zeitschriften:

Neue Musikzeitung von Dr. Holle.
Die Woche.
Daheim.
Velhagen u. Klasing's und Westermann's Monatshefte.
Europäische Modenzeitung.
Für's Haus.
Deutsche Jägerzeitung.
Die Lehrerin, Organ des allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins.
Die Gartenlaube.

Bestellungen
auf obige Werke und Zeitschriften bitten wir an uns direkt zu senden.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 6. Februar.

Ein Kirchentag in Bromberg.

Am Freitag 2. d. Mts., fand, der „Deutschen Rundschau“ zuzufolge, in Bromberg ein Kreiskirchentag des Kirchenkreises Bromberg I statt, an dem die Kirchenältesten und Gemeindevertreter sämtlicher evangelischen Kirchengemeinden der Diözese trotz des schlechten Wetters sehr zahlreich teilnahmen.

Nach einer Morgenandacht begrüßte Superintendent Aßmann die Versammlung, zu der auch Vertreter der Kirchenkreise Bromberg II und Thorn erschienen waren, und erstattete sodann Bericht über die Lage der unierten Kirche in Polen und über die Verhältnisse des Kirchenkreises, seiner einzelnen Gemeinden, sowie über die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben. Aus der regen Besprechung, die sich an den Vortrag anschloß, und die eine ganze Reihe trefflicher Anregungen für das kirchliche Gemeindeleben ergab, ist vor allen Dingen die Bereitwilligkeit zu erwähnen, zur Erhaltung der Kirchengemeinden und der allgemeinen kirchlichen Anstalten, Vereine und Verbände die Kräfte des Kirchenkreises für ein kirchliches Hilfswerk zur Verfügung zu stellen.

Auch die Frage der Kirchensteuern wurde erörtert und dabei aus den Kreisen der Gemeindevertreter zum Ausdruck gebracht, daß diese trotz ihrer Höhe noch nicht einmal der Steuer der Vorkriegszeit im Verhältnis zu dem gesunkenen Geldwert entsprechen, daß aber in der gegenwärtigen Notzeit von den Gliedern der evangelischen Kirche größere Opferwilligkeit als früher gefordert werden müsse.

Schließlich wurde auch die Stellung der Bromberger Pfarrer zu öffentlichen Vergnügungen erörtert. Superintendent Aßmann begründete diese, da er selbst die Verantwortung für sie tragen zu wollen erklärte. Nach eingehender Erörterung der Angelegenheit sprach auf Antrag eines Gemeindevertreters der Kirchentag durch Erheben von den Sitzen den Bromberger Pfarrern einstimmig seine Zustimmung zu ihrer Stellungnahme aus. Nach vierstündiger Verhandlung wurde der Kreiskirchentag mit Gesang und Segensspruch geschlossen.

Die neuen Eisenbahntarife und die neuen Kohlenpreise.

Mit dem 1. Februar erhöhte das Eisenbahnministerium den Personentarif um 50 v. H., und der Gütertarif soll mit dem 1. März eine Erhöhung von 100 v. H. erfahren. Begründet wird diese Erhöhung mit dem ungeheuren Anwachsen der Exploitationsausgaben der Eisenbahn im Januar d. Js. Die beste Illustration für dieses Anwachsen der Ausgaben ist die Verteuerung der Kohle, deren Preis im Verhältnis zum Dezember um 140 v. H. in die Höhe gegangen ist. In demselben Verhältnis stiegen auch alle anderen Personal- und Sachausgaben der Eisenbahn.

Es ist erreicht.

Unter obiger Überschrift bringt das „Liss. Tagebl.“ seinen Lesern nachstehende Freudenbotschaft: Seit Donnerstag verkehren die Personenzüge nach Deutschland über Fraustadt und Rawitsch. Jedenfalls freut sich ganz Lissa, daß wir endlich soweit gekommen sind.

Bevorstehende Erhöhung der Zollmultiplikatoren.

Die gegenwärtigen Zollmultiplikatoren betragen 1000 und 1500. Der Goldunterschied würde jetzt eine Erhöhung auf 6500 erfordern. Wie „Prz. Por.“ erfährt, beabsichtigt die polnische Regierung jedoch, nicht so weit zu gehen; sie hat aber beschlossen, eine Erhöhung der Multiplikatoren auf 2000 und 3000 durchzuführen. Die entsprechende Verordnung soll mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft treten. Bisher hat jedoch das Präsidium des Ministerrats die Bekanntmachung im Gesetzblatt noch nicht veröffentlicht. Das Blatt behauptet, daß infolge des ungenügenden Schutzzolles der polnische Markt zurzeit von deutschen und tschechischen Waren überschwemmt werde.

Gesetzentwurf über öffentliche Schaustellungen.

Die Presseabteilung des Innenministeriums bearbeitet einen Gesetzentwurf über öffentliche Schaustellungen. In den Grundzügen sieht das neue Gesetz eine Zensur aller Theaterstücke vor. Auch die kinematographischen Films werden im Innenministerium zensuriert, Kabarett- und Estradenvorträge hingegen in den Starosteien und Regierungskommissariaten. Gegen die Entscheidung des Innenministeriums steht das Recht der Berufung an eine Sonderkommission zu. Kindern bis zu 16 Jahren ist der Eintritt in Kinos verboten. Das Aufführen von Films in Gegenwart von Jugendlichen bis zu 16 Jahren bedarf einer besonderen Bewilligung. Es wird ein Theater- und Filmrat gebildet, der als Beratungsorgan beim Innenministerium fungieren wird.

Zurückstellung von Schülern vom Heeresdienst. Das Unterrichtsministerium hat an die Schulkuratorien ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie ersucht werden, ein Verzeichnis der Mittelschulen, Lehrerseminare und Präparandenanstalten einzureichen, denen das Recht zusteht, Anträge auf Befreiung der Zöglinge vom Heeresdienst zu stellen. Zu solchen Schulen gehören konzessionierte Anstalten mit Ausnahme derjenigen, deren Visitation Zweifel über ihre Zweckmäßigkeit erweckten. In Zukunft beabsichtigt das Ministerium, dieses Recht lediglich den Privatschulen zuzugestehen, die die vollen oder nicht vollen Rechte der Staatsschulen erlangen.

Die Preise in den polnischen Speisewagen wurden dem „Kl. Pom.“ zufolge um 75 v. H. erhöht und vom Eisenbahnministerium bestätigt. Ein erstes Frühstück kostet jetzt 1500 M., zweites Frühstück 5500 und Mittagessen 6000 M.

Entschädigung für getötete Tiere. Es wurde eine neue Taxe der Entschädigungen für Tiere, die auf Veranlassung der Behörden getötet werden müssen, festgesetzt. Die Entschädigungen betragen: für ein Fohlen bis zu einem Jahre 100 000 Mk., für ein Fohlen von 1 bis 3 Jahren 300 000 Mk., für ein dreijähriges, leichteres Arbeitspferd bis 300 000 Mk., für ebensolches schweres Pferd bis 500 000 Mk., für Rassenpferde bis 800 000 Mk. Für Hornvieh werden nachstehende Preise gezahlt: für Kälber bis zu einem halben Jahre 60 000 Mk., für Färsen bis zu zwei Jahren 200 000 Mk., für Ochsen, Kühe bis 300 000 Mk., für Maulesel 240 000 Mk. und für Esel bis 60 000 Mk. Für ein Kilogramm Schweinefleisch Lebendgewicht bis 2000 Mk., für einen Hammel und für eine Ziege 30 000 Mark, ferner für ein Lamm und für ein Zicklein bis zu 15 000 Mk.

Kammermusik. Wie schon mitgeteilt wurde, findet der dritte Abend des „Poln. Quartetts“ am Donnerstag, dem 15. Februar im Vereinshaus-Saale statt. Zu Gehör gelangen außer dem d-moll-Quartett von Vierne Quartette von Ravel und Debussy, die in letzter Zeit wiederholt in Berlin gespielt wurden. Sie stellen in technischer, musikalischer und rhythmischer Hinsicht hohe Ansprüche an die Ausführenden. Das Poln. Quartett hat sich auf einer seiner Konzertreisen mit der Wiedergabe von Debussys g-moll-Quatuor schon einen außergewöhnlichen Erfolg errungen. Eintrittskarten bei Bote u. Bock (W. Górski).

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Die Vortragsreihe „Polen“ bringt am Mittwoch dieser Woche den zweiten Vortrag von Assessor Meyer („Recht und Rechtsgang in Polen“). — Die polnischen Sprachkurse fallen am Donnerstag dieser Woche aus.

Deutsches Sängerfest in Bromberg. Wie schon mitgeteilt, wird der Bund deutscher Männergesangvereine Posen-Pommerellen am 30. Juni und 1. Juli in Bromberg ein Sängerfest veranstalten. Die musikalische Leitung dieses großzügigen, bereits jetzt in Vorbereitung befindlichen Festes liegt in den Händen des Bundeschormeisters Musikdirektor Elisat, Graudenz. Es ist erwünscht, daß die noch nicht angegliederten Vereine, um dieses Fest mitfeiern zu können, sich mit dem Schriftführer des Bundes, Lorenz, Okole in Bromberg, Petersona 3, in Verbindung setzen.

Märchenabend der Deutschen Wanderspiele. Am 8. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, findet eine Wiederholung der Märchenspiele statt. Eintrittskarten sind zu 1000 und 600 M. bei Gumnior zu haben, Schülerkarten im Zimmer 2 des Deutschtumsbundes.

Hans Sachs-Spiele. Am Donnerstag, dem 8. d. Mts., abends 8 Uhr, finden im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses Hans Sachs-Spiele statt. Es gelangen zur Aufführung: „Der fahrende Schüler im Paradeis“, „Der Roßdieb zu Fünsing“, „Der Doktor mit der langen Nase“ und „Das Kälberbrüten“. Eintrittskarten zu 2500, 2000, 1500 und 800 M. sind im Vorverkauf bei A. Gumnior (Ecke St. Martin- und Viktoriastraße) zu haben.

Großes Theater. Am Dienstag: „Aida“ mit Frl. Jakubowska und Frl. Szafrańska und den Herren Karpacki, Urbanowicz, Woliński in den Hauptrollen (Leitung: Direktor Stermich). Mittwoch: „Fledermaus“. Sonnabend: „Bajazzo“ und Ballett. Sonntagnachmittag: „Halka“.

Seinen Frühlingseinzug hat in mehreren Gärten und Parkanlagen das fröhliche Volk der Stare gehalten. Für den Anfang des Wintermonats Februar eine immerhin beachtenswerte Tatsache!

Opfer ihres Berufs. Nach einer amtlichen Aufstellung haben im Jahre 1922 im Bereich der Republik Polen nicht weniger als 61 Polizeibeamte im Kampfe mit Verbrechern ihr Leben verloren. Diese Tatsache kennzeichnet krasser als lange Schilderungen die Zustände, die in weiten Bezirken der Republik geherrscht haben und noch herrschen. Es vergeht ja auch kein Tag, an dem nicht von schweren Raubüberfällen hier oder dort berichtet werden muß, und bekanntlich hat das Anwachsen des Banditentums zu einer zeitweiligen (inzwischen aufgehobenen) Einführung der Standgerichte auch in Posen-Pommerellen geführt, während in Kongreßpolen, wo schwere Bluttaten nach wie vor an der Tagesordnung sind, diese Standgerichte noch weiter fortbestehen müssen. — Die große Zahl der Todesopfer, die der Kampf mit dem Verbrechertum unter den Polizeibeamten gefordert hat, ist ein Beweis für die Energie, mit der die Sicherheitsbehörden dem Banditentum entgegengetreten sind. Und man darf wohl überzeugt sein, daß der Eifer und die Energie der Polizeibeamten im Dienste der öffentlichen Sicherheit nicht nachlassen wird. Ehre aber jenen Männern, die in diesem Dienst als Opfer ihres Berufs ihr Leben ließen!

× **Selbstmordversuche zweier Jugendlichen.** Gestern haben in Posen zwei Schulkinder, ein Mädchen und ein Knabe, Selbstmordversuche unternommen. In dem einen Falle stürzte sich die noch nicht 11 Jahre alte Halina Wałczak aus der elterlichen Wohnung im dritten Stock des Hauses ul. Piotra Wawrzyniaka 17 (fr. Kaiser Friedrichstraße) auf die Straße. Sie wurde noch lebend in das Stadtkrankenhaus geschafft. — In dem zweiten Falle schoß sich der Schulknabe Bogdan Urbanowicz im Hause Wierzbięcice 15 (fr. Bitterstraße) eine Revolverkugel in die linke Seite. Auch er wurde dem Stadtkrankenhause zugeführt. In beiden Fällen ist die Ursache, die zu den Selbstmordversuchen geführt hat, unbekannt; aber zweifellos gehören diese unseligen Verirrungen Jugendlicher auch zu den sehr zweifelhaften „Errungenschaften“ der Gegenwart.

× **Selbstmord einer Frau.** Gestern abend 11 Uhr erschoß sich in ihrer Wohnung ul. Słowackiego 27 (fr. Karlstraße) die 31jährige Ehefrau Irene Balwińska, geb. Sendew. Außerdem hatte sie in dem Zimmer, in dem sie die unglückselige Tat beging, die Gashähne geöffnet. Die Ursache zum Selbstmord dürfte in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen sein; die Frau lebte von ihrem Manne getrennt; die Ehescheidungsklage war eingeleitet.

Beim Kohlendiebstahl überrascht wurde gestern nachmittag ein Mann im Keller des Hauses Rybaki 22 (fr. Fischerei). Er fiel vor Hunger um, und dem Bewußtlosen mußte zunächst ein Glas Wasser gereicht werden. Ein Schutzmann verhaftete den Mann, der sich willig in sein Schicksal fügte.

× **Ihre Diebesbeute im Stiche gelassen** haben gestern in der ul. Rom. Szymańskiego (fr. Wienerstraße) drei Männer in Soldatenuniform, und zwar zwei vollständige Kraftwagenräder, die das Interesse eines Schutzmanns erregten. Als die Diebe merkten, daß sie von diesem beobachtet wurden, ließen sie die Räder fahren. Außerdem blieb eine Unteroffiziermütze auf der Strecke. Die Sachen können im 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstraße) besichtigt werden.

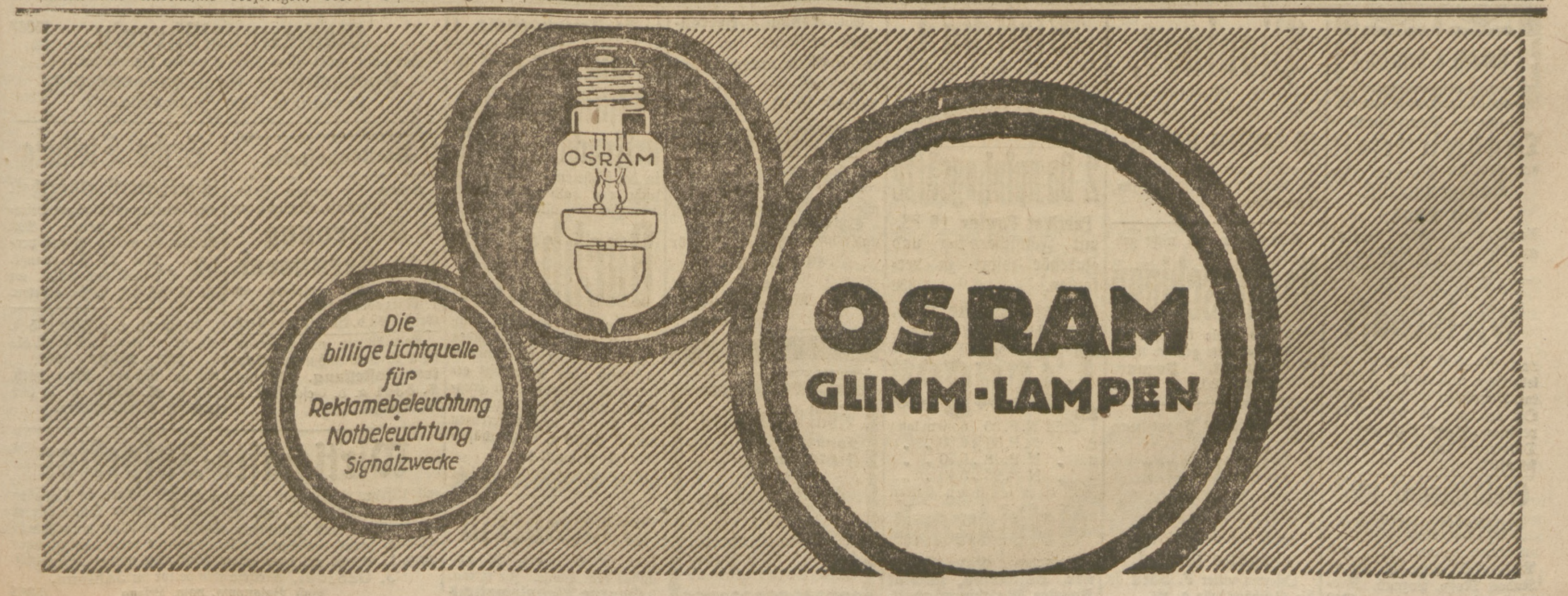
× **Festnahme von Spitzbuben.** In der ul. Bukowska (fr. Buker Straße) wurden gestern zwei Männer festgenommen, die beutebeladen von einem Diebstahl kamen, den sie in der ul. Przecznica verübt hatten.

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** An dem Eckhause Aleje Marcinkowskiego und Św. Marcin (fr. Wilhelm- und St. Martinstraße) wurde gestern eine eiserne Walze, vermutlich aus einer Druckerei stammend, herrenlos aufgefunden. Sie kann im 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Ratajczaka besichtigt werden.

× **Ein verunglückter Diebstahl.** Sonnabend abend gabs in der Posener Buchdruckerei, ul. Zwierzyniecka 6 (fr. Tiergartenstraße) plötzlich einen gewaltigen Knall, dessen Ursache jedoch nicht sofort festgestellt werden konnte. Am Sonntag sah man dann, daß ein Spitzbube den Versuch gemacht hatte, eine vor dem Eingange des Fabrikgebäudes hängende 500kerzige Glühlampe zu stehlen, daß dabei aber die Lampe aus irgend einem Grunde explodiert war. Der Dieb muß sich, um die Lampe erreichen zu können, einer Leiter bedient haben; außerdem hat er am Tatorte eine Kiste zurückgelassen, die er vermutlich in weiser Vorsicht mitgebracht hatte, um die Lampe fortzuschaffen. Die Lampe wurde völlig zertrümmert vorgefunden.

× **Diebstähle.** In der Zeit vom 18.—25. v. Mts. ist bei der Danziger Siemens-Gesellschaft in der ul. Fredry (fr. Paulikirchstraße) eine Kiste mit 134 Gros Holzschrauben, 50 Ständern für elektrische Lampen, 35 Kilogramm Porzellan-Lampenfassungen im Gesamtwerte von 6 Millionen Mark gestohlen worden. Die Kiste war gezeichnet S. S. K. L. 19 501/2. — Ferner wurden aus dem Evangelischen Vereinshause vier Portieren gestohlen.

• **Exin, 4. Februar.** Unsere evangelische Kirchengemeinde ist als eine der ersten Gemeinden im Posener Land darangegangen, sich Ersatzglocken für die seinerzeit im Kriege abgelieferten Glocken zu beschaffen. Die drei neuen Klangstahlglocken sind von der Firma Schilling und Lattermann in Apolda (Thür.) gegossen; sie wiegen zusammen etwa 40 Zentner und kosten rund 5 Millionen Mark. Die Kosten werden durch Verkauf der vorhandenen Bronzeglocke und durch freiwillige Spenden der Gemeindeglieder gedeckt. In einem feierlichen Gottesdienst am Sonntag Invocavit (18. Februar) sollen die neuen Glocken durch den Generalsuperintendenten D. Blau-Posen dem gottesdienstlichen Gebrauch übergeben werden. In der am Nachmittag stattfindenden Gemeindefeier wird Pastor Just-Sienno einen Vortrag aus der Kirchengeschichte Posens halten.



* **Gnesen**, 5. Februar. Der Besitzer eines Kommissionsgeschäfts in Inowrocław, **Wittkowski**, fiel auf dem hiesigen Bahnhofe beim Aussteigen aus dem Eisenbahnwagen und trug dabei derartige Verletzungen davon, daß er ins Hospital gebracht werden mußte. Die Ursache des Unglücksfalls war die plötzliche ruckweise Wiederholung der Fahrt.

* **Graudenz**, 5. Februar. In einer Versammlung der Vereinigung Graudenzer Musiklehrkräfte wurde beschlossen, im Hinblick auf die allgemeine Teuerung vom 1. Februar ab das Honorar um 50 v. H. zu erhöhen. Der Vorsitzende der Vereinigung, Musikdirektor Elisat, gab in der Sitzung der Erwartung Ausdruck, daß Musiklehrerinnen, wie Fräulein Prinz (Gartenstraße 15) und Pickardt (Lindenstraße), deren Existenz durch die Abwanderung vieler Schüler bedroht ist, ganz besonders von unseren deutschen Mitbürgern als Musiklehrkräfte herangezogen werden müßten, und daß Elemente, die im unlauteren Wettbewerb heute noch für 300 bis 400 Mark die Stunde unterrichten, allgemein ausgeschaltet werden müßten.

□ **Inowrocław** 5. Februar. Die hiesige deutschsprachige Landwirtschaftliche Winterschule veranstaltet am Freitag dem 9. d. Mts., abends 5 Uhr im Hotel „Stadtpark" ihr diessemestriges Wintervergnügen.

* **Lindenbrück, Kreis Znin**, 4. Februar. Heute fand hier die Leichenfeier für den Pfarrer der hiesigen katholischen Gemeinde, Stanislaus Tyblewski, statt. Im Alter von nur 37 Jahren nach nur dreijähriger Tätigkeit als Propst wurde der Entschlafene durch eine schwere Lungenentzündung dahingerafft. Eine Reihe von Jahren hatte er vorher als Vikar der Gemeinde gedient. Bei seinen Gemeindegliedern erfreute er sich allgemeiner Beliebtheit, und auch bei den Angehörigen der evangelischen Konfession genoß er die größte Achtung infolge seines persönlich liebenswürdigen Wesens. Ein überaus zahlreiches Trauergefolge gab hiervon Ausdruck. Nach der kirchlichen Feier wurde die sterbliche Hülle nach Gonsawa übergeführt, um dort im Erbbegräbnis der Familie bestattet zu werden.

* **Lissa**, 5. Februar. Nach langer Mühe gelang es der hiesigen Kriminalpolizei, ein gefährliches Individuum festzunehmen, das durch anonyme Briefe unter Androhung der Tötung oder Verprügelung von verschiedenen Bürgern der ganzen Umgegend größere Summen herauslockte. Dieses gefährliche Individuum ist ein ehemaliger Beamter der Sparkasse in Gostyn.

* **Neutomischel, 6. Februar.** Eine deutsche musikalische Veranstaltung größeren Stils fand hier am Sonntag, dem 4. Februar, statt. Der stattliche Neutomischeler gemischte Chor — er hat jetzt rund 70 singende Mitglieder — führte im Saal des Herrn Olejniczak die romantische Ballade „Erlkönigs Tochter" von Niels v. Gade (für Soli, Chor und Orchester) auf und errang damit einen berechtigten starken Erfolg. Das Gelingen der sehr sorgfältig vorbereiteten Aufführung ist in erster Linie das Verdienst des Leiters der Aufführung (Oberlehrers Barche). Eine große Anzahl von Damen und Herren aus allen Kreisen der Neutomischeler Bevölkerung folgte singend und spielend (Klavier, Geige, Cello, Klarinette) willig und aufmerksam den Winken seines Taktstocks. Den Meister Oluf, die Hauptsolopartie, sang Herr Dr. Loewenthal aus Posen; seiner Kunst, dramatisch zu charakterisieren, gelang es, diese romantische Gestalt nicht nur musikalisch wirkungsvoll zu gestalten, sondern sie auch mit warmem Leben zu füllen. Ätherisch zart und lieblich, wie der Komponist es verlangt, sang Frl. Luise Milbradt-Gnesen Erlkönigs Tochter, und der volle, warme Alt von Frl. Hertha Milbradt-Posen ließ die Partie der Mutter Olufs tonschön und ausdrucksvoll zur Geltung kommen. Dank dem trefflichen Zusammenwirken dieser drei Solisten mit dem Chor und den Instrumentalisten kam besonders der zweite Teil der Ballade und der dramatische Schluß zu starker, packender Wirkung. — Den zweiten Teil des Programms bildeten die „Südslawischen Dorfbilder" von Hugo Jüngst (für gemischten Chor, Klavier und Geige), deren Vortrag ebenfalls dem Wollen und Können des Leiters der Aufführung und der Mitglieder seines Chors ein schönes Zeugnis ausstellte. Herr Braun-Neutomischel trug hier sowohl als Geiger wie als Tenorsolosänger mit Erfolg zum Gelingen des Werkes bei. Am Klavier wirkte auch hier, wie in „Erlkönigs Tochter", Frl. Seidel-Neutomischel sehr musikalisch und zuverlässig ihres verantwortungsvollen Amtes. — Nach der Aufführung vereinigte eine gemeinsame Kaffeetafel noch für mehrere Stunden die Mitwirkenden mit den Konzertbesuchern, unter denen viele auswärtige Gäste waren. Ernste und heitere Ansprachen wurden gehalten von den Herren Dr. Buddee, Oberlehrer Barche, Dr. Loewenthal und Pastor Greulich-Posen, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Chorgesangsverbandes seiner Freude über die schöne Aufführung Ausdruck gab und die Mitglieder des Neutomischeler Gesangvereins aufforderte, auch weiterhin so einig und sachlich der Kunst zu dienen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

C. K. in M. Die Bestimmungen über die Abhaltung der Gemeindewahlen gelten selbstredend auch für Ihre Gemeinde. Die Wählerlisten hätten vom 15. bis 25. Januar ausgelegt werden müssen, und die Wahlen müßten innerhalb 6 bis 8 Wochen nach dem 25. Januar stattfinden. Das ist nicht etwa in das freie Ermessen der Gemeinde gestellt, sondern gesetzlich vorgeschrieben. Wir würden Ihnen, da gegen diese Anordnung verstoßen worden ist, die Einreichung einer Beschwerde an Ihren zuständigen Starosten empfehlen.

A. St. in K., O. B. N. und andere Anfragende. Die Veröffentlichung von Marktberichten, die auf privaten Ermittelungen beruhen, ist vielfach von den Verbrauchern angefeindet worden, weil sie erfahrungsgemäß nur dazu beitragen, die Marktpreise bedeutend zu steigern. Ein Vergleich mit den Vieh- und Getreidepreisen ist nicht angängig, da diese amtlich notiert werden.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

In Nr. 20 vom 26. Januar d. Js. bringt das „Posener Tageblatt" einen Leitartikel über Roggenwährung, mit dem man sich im allgemeinen vollkommen einverstanden erklären kann, wenn auch vielleicht darüber zu streiten wäre, ob der Verarmungsprozentsatz mit 50 Prozent nicht doch reichlich hoch gegriffen ist. Ein Versehen ist dem Verfasser indessen unterlaufen, das nicht unwidersprochen bleiben kann. Er sagt wörtlich: „Für Kohle, Bekleidung, Schulgeld, Papier usw. müssen über die Roggenpreise weit hinausgehende Sätze gezahlt werden."

1914 betrug das Schulgeld in den staatlichen Gymnasien 137,50 Mark jährlich, also 11,50 Mk monatlich, das sind nach dem Ansatz des Verfassers 1½ Zentner Roggen, da er den Zentner mit etwa 7 Mk. berechnet. Der Durchschnittsroggenpreis für Januar ist mit etwa 30 000 Mk. für den Zentner anzusetzen. Dann wären für diesen Monat 45 000 Mk. Schulgeld zu erheben. Der Februarpreis betrug etwa 40 000 Mk. im Durchschnitt ergeben 60 000 Mk. Schulgeld für Februar und denselben Betrag voraussichtlich auch mindestens für März und April, also für das Tertial Januar bis April mindestens dreimal 60 000 Mk. + 45 000 Mk. = 225 000 Mk. Das Deutsche Gymnasium in Posen hat bisher für das Tertial 40 000 Mark erhoben, also blieben noch zum Satz nach Roggenvaluta nachzuzahlen 185 000 Mk.

Damit wäre der Roggenpreis erreicht, noch nicht überschritten. Das Gymnasium ist gezwungen, eine erhebliche Summe nachzuerheben, 185 000 Mk wird die Nachzahlung indes auf keinen Fall betragen. Unter der Voraussetzung nicht weiteren Steigens der Preise wird zunächst eine Nachzahlung von 20 000 Mk. für den Monat Februar erhoben. Leider muß ein Teilbetrag auch von den bisherigen Freischülern eingezogen werden, wenn die Eltern nicht wirtschaftlich gänzlich leistungsunfähig sind.

An Besitzer, Kaufleute, Industrielle, deren Angestellte Kinder in das Gymnasium schicken, muß aber der dringende Aufruf gerichtet werden, bei der Besoldung des Schulgeld zu berücksichtigen, bzw. für die Kinder eine Schulpatenstelle zu übernehmen. Die tüchtige Ausbildung unserer Jungen liegt ja im Interesse der Gesamtheit, namentlich auch im Interesse von Landwirtschaft, Handel und Industrie. Ein Lehrer.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Auf der Industriellentagung in Posen**, die Ende vorigen Monats stattfand, wurde unter anderem folgender Beschluß gefaßt: „Von dem Standpunkte ausgehend, daß nur die freie Konkurrenz zur Entfaltung der Produktivität der Industrie und zur Vermehrung der Schatzeinkünfte führen kann, fordert der Kongreß das Aufgeben der bisherigen statistischen und monopolistischen Politik und den Übergang zu einer Politik der wirtschaftlichen Freiheit auf allen Gebieten, die bisher der Regierungsverwaltung oblagen. Ob eine Verwirklichung dieser Pläne der Gesamtheit zum Wohl gereichen würde, erscheint sehr fraglich.

= **Die Tabakfabrikate der Privatfabriken** sind mit dem 5. Februar um 50 bis 80 Proz., die der Staatsfabriken um 30 bis 40 Prozent im Preise gestiegen.

= **Neue polnische Holzexportgesellschaft.** Der Verband der privaten Waldbesitzer in Posen hat eine Aktiengesellschaft „Drzewo" gegründet, die den Handel mit Holz und seine Verarbeitung im In- und Auslande betreiben will. Die Aktien befinden sich fast ausnahmslos in den Händen der Waldbesitzer der Wojewodschaft Posen.

= **Die Drukarnia Poznańska Tow. Akc.** hat auf den 8. d. Mts. 6 Uhr abends, nach dem Vorstandsbureau, ul. 27. Grudnia 5, eine Generalversammlung ihrer Aktionäre einberufen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Erhöhung des Aktienkapitals auf 50 Millionen Mark.

= **Die Polski Bank Handlowy** hat ihr Aktienkapital um 450 Millionen auf 600 Millionen Mark erhöht. Die Emission IX umfaßt: a) 15 Millionen privilegierte namentliche Aktien, Serie A zum Kurse von 200 Prozent, b) 150 Millionen Vorzeigeraktien, Serie B zum Kurse von 180 Prozent, c) 285 Millionen Vorzeigeraktien, Serie B zum Kurse von 250 Prozent; Dividendenberechtigung vom 1. Januar d. Js. Der Termin für das Zukaufsrecht läuft am 25. Februar ab.

Warschauer Börse vom 6. Februar.

Devisen:

Belgien	1 935—1 890	Paris	2 250—2 240
Berlin	0.82—0.80	Prag	1 005—1 040
Danzig	0.82—0.80	Schweiz	6 765—6 725—6 700
London	159500—165500—164500	Wien	52—52½—51½
Neuyork	34 500—35 500—35 100	Holland	14 700—14 300
Italien	1 775.		

Berliner Börsenbericht

vom 5. Februar.

Diskonto-Komm.-Anleihe	22 500.—	Polnische Noten	115.—
Danz. Priv.-Aktienbank	25 500.—	Auszahlung Holland	16 800.—
Hartmann Masch.-Aktien	31 000.—	" London	198 500.—
Phönix	85 000.—	" Neuyork	42 250.—
Schuckert	59 500.—	" Paris	2 610.—
Hapag	120 000.—	" Schweiz	7 960.—
3½% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente	99 000.—
Auszahlung Warschau	116.—		

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Wertpapiere und Obligationen:	1. Februar	5. Februar
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	—.—	170—165 + N
Bankaktien:		
Bank Centralny I.—III. Em.	2000 + N	—.—
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk Em.	750 +	700—750 +
Kwilecki, Potocki i Ska.	2850 + A	2800—750 + A
Bank Poznański	—.—	800 + N
Bank Przemysłowców (ex. Zukaufsr.)	1250—1300 + N	1250 + N
Bank Zjednoczenia I. Em.	—.—	900 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	1700—1725 + N	2000—2150 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań	2000 + A	2000 + A
Pozn. Bank Ziemian I.—IV Em.	675 + A	650—625 + A
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	800 + A	—.—
Bank Młynarzy	375—400 + A	400 +
Industrieaktien:		
Arcona	2400 + A	2500 + N
R. Barcikowski (exkl. Kup.)	1700—1650 bis 1675 + N	1650—1625 + A
Browar Krotoszyński (exkl. Kup.)	48000—49000 + N	50 000 + N
Brzeski Auto I.—II. Em.	—.—	1850—900 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	9600—9700 + A	10000—1100 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	—.—	600—675 + N
Centrala Skór	2800 + A	2800—2700 + A
Dębienko	2700 + A	2700 + A
C. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1900—2000 + A	1900 + A
Hartwig Kantorowicz	6500 + A	6400 + A
Hurtownia Zwiazkowa	350—360 + N	400—375 + N
Hurtownia Skór I.—II. Em.	1000 + A	950 + A
Herzfeld-Viktorius	3600—3525 + N	3700—3800 + N
Juno	1500—1550 + A	—.—
Luban, Fabryka przetw. ziemn.	61 000 + N	—.—
Dr. Roman May	25000—28500 + A	26000—24000 + A
Młyn Ziemiański	2300—2600 + A	2350—2500 + A
Orient	800 +	—.—
Płótno	1500 + A	1450—1500 + A
Bawernia, Bydgoszcz	2600—2500 + A	2400—2200 + A
Patria	1100 + A	1750—1600 + A
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	4600—4850 + N	4700—4900 + A
Precia Stabrowscy (Zapalk.)	—.—	3500 + A
Spółka Stolarska	4900 +	4800 + A
Sarmatia I.—II. Em.	—.—	2500—2550 + A
Tri	950 + A	950 + A
Waggon Ostrowo	2100—2200 + A	2300—2250 + A
Wisła, Bydgoszcz	17500—17000 + A	16 000 + A
Włókno	1300—1400 + A	1250 + A
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	1650—1600 A +	1500—1600 + A
Zjedn. Browary Grodziskie	6000—6500 + N	15 000 + N

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 092½—089. Umsatz: 55 800 000 dtsch. Mk. Franz. Franks 2000.

A = Angebot. N = Nachfrage. + = Umsatz.

Danziger Mittagskurse vom 6. Februar.

Die polnische Mark in Danzig	109
Der Dollar in Danzig	40 000

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meißner; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.